

Volkstimme

Einzelnummer 40 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Halle a. S.

Bezirk Merseburg.

Erscheint jeden Sonntag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Welt“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“

Nummer 249

5. Jahrgang.

Verlagspreis: Monatlich 3 Mk. und 1/2 Mk. Vierteljährlich, durch die Massabonnenten 6,50 Mk. mit Abgabegebühr. Durch die Post monatlich 7,50 Mk.; im Vierteljahr 21,50 Mk.

Einzelpreis: Das Minutier in adäquaten Ausgabepreis kostet 70 Pf.; Restlose im dreizehnten Teil 35 Pf. Einmaliger Preis für den Abnehmer für die nächste Str. morgens 9 Uhr.

Redaktion: Große Steinbühnenstr. 17, Halle a. S. Fernr.-Nr. 602. Erscheint mittwochs 11-12 Uhr.

Halle, Montag, den 24. Oktober 1921

Verlag u. Expedition: Gr. Ulrichstr. 27, Halle a. S. Fernr.-Nr. 6407, Volkshaus am Markt Nr. 1109

Schieberpolitik.

Das Kabinett Wirth am Sonnabend zurückgetreten.

Berlin, den 22. Oktober 1921.

Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten heute abend 7 Uhr die Demission des Kabinetts mit folgendem Schreiben überreicht:

Herr Reichspräsident!

In schwerer Stunde hatte sich das gegenwärtige Kabinett entschlossen, die Verantwortung für die Durchführung des Ultimatums zu übernehmen. Fünf Monate lang hat eine Politik geführt, die getragen war von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln und durch den ersten Willen der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zur Wiederherstellung Europas beizutragen. Es hat die dem deutschen Volke auferlegten überaus schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren Barzins von einer Milliarden Goldmark bis zum 31. August abgetragen. Die Alliierten Staaten haben die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, vor allem die Durchführung der Entwaflung, die sich unter großen Schwierigkeiten vollzog, anerkannt.

Es wurde erwartet, daß im Hinblick auf Deutschlands Anstrengungen und auf sein einheitliches Schreiben, den vertraglichen Verpflichtungen treu zu bleiben, die Befreiung der Ruhr hätte rascher aufgehoben und hinsichtlich der Reparationen eine Lösung gefunden würde, die dem Reichsamtphinder des deutschen Volkes und der Oberhäupter, sowie den künftigen friedlichen Beziehungen zwischen den europäischen Nationen entspräche.

Statt dessen ist ein Diktat erfolgt, durch das nicht nur weite Flächen des oberdeutschen Landes, sondern auch blühende deutsche Städte der deutschen Heimat entzogen werden sollen. Ein großer Teil der an Polen fallenden Bevölkerung ist deutschen Stammes und deutscher Sprache und soll entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und entgegen dem Ergebnis der Bestimmungen unter Fremdbeherrschung fallen. Niemand wird das deutsche Volk den Verlust, den es erleidet, hinnehmen muß, verschmerzen.

Obwohl das Kabinett nach wie vor überzeugt ist, daß nur das aufrichtige Bestreben aller Parteien die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ermöglicht, ist es sich doch vollkommen klar bewußt, daß die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit das schließliche Diktat für erheblich verengert haben und daß somit die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist.

In Abwägung dieser Tatsachen hat das Kabinett beschlossen, den Auftrag zur Führung der Regierungsgeschäfte in Ihre Hände, Herr Reichspräsident, zurückzugeben.

In Ausführung dieses Beschlusses habe ich die Ehre, Herr Reichspräsident, Ihnen die Demission des Kabinetts mitzutreten.

(24.) Der Reichskanzler
Dr. Wirth.

An die Überreichung der Demission schloß sich eine längere Aussprache über die politische Lage, in deren Verlauf der Reichspräsident den Reichskanzler erfuhr, mit den übrigen Reichsministern die Gespräche zunächst weiterzuführen. Damit erklärte sich der Reichskanzler einverstanden.

Der Reichspräsident wird morgen vormittag den Präsidenten des Reichstags und die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen der bisherigen Koalitionsparteien zu Einzelgesprächen empfangen.

*

So ist denn endlich das Ziel erreicht: Das Kabinett Wirth ist gefallen. Diejenige Politik, die bisher allein der wäsende Kampf der Koalitionsparteien unter hervorragender Mitwirkung der deutschen Volkspartei. Es war das A und das O aller ihrer Unternehmungen, ihrer gesamten politischen Tatkraft. Das Ziel ist jetzt erreicht. Nicht aber durch die Stärke der Koalitionsparteien, sondern durch die Schwäche des Kabinetts selbst. Dieser gelang durch die Schwächung der bürgerlichen Parteien, die zunächst zurückgedrängt vor der nationalsozialistischen Präsenz, noch mehr aber sich vor dem Teil des Volkes in der eigenen Regierung fürchten, der durch die Sozialdemokratie vertreten wird. Deshalb behaupten sie die Entscheidung über Oberhäupter um ein faktisches Ziel zu erreichen, nach dem sie sich mit allen Faktoren ihres Herzens sehnen, den Eintritt der deutschen Volkspartei in die Regierung. Um diesen Zweck zu erreichen, scheinen sie vor der größten Torheit nicht zurück. Sie halten selbst mit das, den Koalitionsparteien zu verhaftete Kabinett zu fügen. Sie erwidern den Anschein, als ob sie ihre bisher betriebene Politik des Erfüllungsvertrages des Londoner Ultimatums für falsch halten, als ob sie sich jetzt vor bloßen Demonstrationen der Deutschnationalen befürchten hätten.

Um das Ziel, ein Koalitionskabinett mit der deutschen Volkspartei, in dem die Sozialdemokratie wohl vertreten sein aber nichts zu sagen haben sollte, zu erreichen, mußte das Kabinett Wirth gekürzt werden, ohne Rücksicht auf die schwerwiegenden Folgen. Die parlamentarischen Möglichkeiten der demokratischen Partei und vom Zentrum mußten aber auch, daß der Reichstag in einer öffentlichen Sitzung die Politik des Kabinetts als richtig anerkennen würde. Dies eben mußte verhindert werden. Da man nicht den Mut hatte, das Kabinett in öffentlicher Reichstagsitzung zu kürzen, überreichte man ihm hinter den Kulissen die seitene Schür. Was sich da zugetragen hat, ist kein Wort, der den Gebräuchen irgend eines parlamentarisch regierten Landes entspricht. Es ist vielmehr eine Art von Palastrevolution, die sich hinter den verschlossenen Türen verdiegender Nebenkammern des Reichstages abgespielt hat, und die den Reichstag selbst und das deutsche Volk vor vollendete Tatsachen stellt.

Wollende Tatsachen! Ja, wenn es nur solche wären! Aber die vollendete Tatsache, die durch die Wirthrevolution der Fraktionsvorsitzenden geschaffen worden ist, ist vorläufig weiter nichts anderes, als eine große Null. Nach einem alten Spruch macht man eine Kanone, indem man ein Loch nimmt, und Metall darum gießt. Das Loch ist nun glücklich da. Aber woher das Metall kommen soll, das man wohl vorläufig kein Mensch.

Regierungskrisen gibt es auch andererseits. Aber dann ist gewöhnlich an Stelle der Regierung, die gekürzt werden soll, schon eine andere im Hintergrund halb fertig, wenn nicht fertig vorhanden. Wenn man glaubt die Ministerkrisen in Berlin hätten irgend welche Vorkehrungen getroffen, um an Stelle des nun ihnen gestürzten Kabinetts ein neues zu bilden, dann übersieht man ihren politischen Bestand. Sie haben ganz einfach das, was vorhanden war, lapidar gemacht, und gedacht, für das Weitere werde Gott oder der liebe Gott schon sorgen.

Der Berliner Morgenpost vom Sonntag liegt denn auch den Zustand der völligen Ratlosigkeit, in dem die öffentliche Meinung durch den Geneserreich der Peterien-Hausmann-Marx-Spahn- und Konjorten verjast worden ist. Die beiden demokratischen Blätter „Tagblatt“ und „Vossische“ sind diametral entgegengesetzter Meinung.

Das „Tagblatt“ schwärmt noch immer von der großen Koalition mit der Deutschen Volkspartei und will, wenn diese nicht zustande kommt, die Regierung überlassen. Die „Vossische Zeitung“ hält einen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für ganz ausgeschlossen, da sich die Deutsche Volkspartei gegen die Entsendung von Verhandlungskommissaren, wie sie die Pariser Note fordert, ausgesprochen hat, während die Parteien der alten Koalition darin übereinstimmen, die Entsendung dieser Kommissare für unbedingt notwendig zu erachten.

Der „Vortwärts“ will nicht, daß sich die Sozialdemokratie etwa gewünschten Verhandlungen über die Koalitionserweiterung entziehe, er läßt aber deutlich erkennen, daß ein kaum denkbarer völliger Gesinnungsumschwung bei der Deutschen Volkspartei notwendig ist, wenn an ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit dieser Partei auch nur gedacht werden soll. Er sieht als einzige Möglichkeit die Wiederkehr der alten Koalition, wenn die bürgerlichen Parteien es nicht vorgehen sollten, eine rein bürgerliche Regierung zu bilden. Das Organ des Zentrums, die „Germania“ erklärt mit größtem Nachdruck, die Politik Wirths sei richtig gewesen, und müsse unter allen Umständen — ob mit oder ohne Wirth läßt sie offen — weitergeführt werden. Die Presse der Rechten sieht natürlich das Kabinett Wirth und dessen Politik als vollständig erledigt an und läßt ganz deutlich die Hoffnung durchschimmern, daß das Ergebnis dieser Krise ein bürgerliches unter deutschnationalem Einfluß stehendes Kabinett ist in sich.

Was soll also werden? Wird die alte Politik, die bisher eine große Mehrheit des Reichstages hatte, weitergeführt oder wird sie auf den Kopf gestellt werden? Werden

den die Unabhängigen die ausschlaggebende Partei in Reich werden oder wird die Deutschnationalen der entscheidende Einfluß zufallen? Kein Mensch weiß es! Das soll jetzt in überhitzten Verhandlungen, denn Deutschland kann ja nicht wochenlang ohne Regierung bleiben, hinter den Kulissen ausgeknobelt werden.

Auf der Rechten wird man vielleicht sagen, daß ein derartiges Urteil über den gegenwärtigen Zustand eine Verurteilung des parlamentarischen Systems in sich schließt. Das ist aber keineswegs der Fall. Das parlamentarische System ist dasjenige System, nach dem heute die ganze Welt regiert wird, eine Rückkehr zum persönlichen Regiment halten selbst die Deutschnationalen für unmöglich, da sie im Stillen genau ebenso gut wissen wie wir, daß das persönliche Regiment den Zusammenbruch Deutschlands herbeiführt hat. Das parlamentarische System ist die einzig mögliche Regierungsform und es ist nicht schlecht, wenn man mit ihm umzugehen versteht. Man soll nicht auf die Rechten schimpfen, weil die Werkmeister nichts taugen!

Die nationalsozialistische Partei hat dieses Urteil vorangesehen und dringend vor ihm gewarnt. Es hat vorangesehen! Es wäre begreiflich, wenn sie im ersten Jahr erklärt würde, daß sie mit so loslöseln Politikern, wie den Herren von den bürgerlichen Koalitionsparteien überhaupt nicht mehr zu tun haben wolle. Aber aus dieser Verärgerung darf man nicht Politik treiben, das heißt den Fehler, den die bürgerlichen Koalitionsparteien gemacht haben, auf anderem Gebiet wiederholen. Eine große Partei darf es nicht machen wie ein Kind, das wenn es böse ist, seine Puppe nimmt und geht. Die sozialdemokratische Partei wird also, wenn man sie darum erucht, sich bemühen, die Dummkheiten der bürgerlichen Politiker wieder zu korrigieren. Sie wird sich aber nicht in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einlassen. Sie wird auch nicht den freundlichen Rat des „Berliner Tageblattes“ befolgen, in diesem Augenblicke eine rein sozialistische Regierung zu bilden, die keine feste und zuverlässige Mehrheit im Reichstage hinter sich hat, und nur dazu bestimmt wäre, der Prägung für die bürgerlichen Koalitionsparteien zu werden. Sie weiß also in dieser Situation der Ratlosigkeit, die durch das sinnlose Treiben der bürgerlichen Politiker geschaffen worden ist, keinen anderen Rat, als daß die alte Koalitionregierung mit Wirth an der Spitze zurücktritt.

Nationalität der bürgerlichen Parteien.

Der Reichspräsident empfing am Sonntag zu Einzelgesprächen außer dem Reichstagspräsidenten Knobe Vertreter des Zentrums, der Wechselsocialisten, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Unabhängigen. Eine völlige Klärung der Lage ist bei diesen Besprechungen noch nicht herbeigeführt worden. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

*

Zu den Besprechungen meidet die Berliner Montagspost: Die Demokraten verharren auf ihrem Standpunkte, an keine Regierung auf der bisherigen Grundlage teilzunehmen. Sie wollen sich nur an einer Kabinettsbildung auf breiter Basis beteiligen. Der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei sehe aber die Last der Entsendung, das diese an einem Fraktionsbeschlusse festhalte, die Entsendung eines Reichskommissars in den deutsch-polnischen Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen für Oberschlesien abzulehnen. Ein etwaiger Plan, eine Regierung nur aus Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokraten zu bilden, würde an dem Widerstand des Zentrums scheitern. So bleibt, wie das Blatt schreibt, nur der Ausweg eines Geschäftsministeriums übrig, wenn nicht ein Umsturz von der Deutschen Volkspartei eine Lösung der Krise hoffnungsvoller machen würde. — In Kreisen der Deutschen Volkspartei wird der Gedanke vertreten, bei der Stellungnahme zum Kabinettsbeschlusse das politische Moment vom wirtschaftlichen zu trennen. Man glaubt, der Text der Note lasse die Möglichkeit offen, daß die Entsendung einer Entsendung von Reichskommissaren bedeute noch kein Verneinung der Note. Auf der Grundlage einer Reichsregierung gegen die Note, die auch die Demokraten verlangen, könnte es dann zu einer Einigung der Parteien kommen.

Die zweite Fahrt des Abenteurers.

Karl v. Habsburg ist wieder in Ungarn eingetroffen.

Schon am Sonnabend vormittag hatte uns telephonisch die Nachricht erreicht, daß Karl von Habsburg seinen in Osterreich unternommen und so lächerlich verlaufenen Versuch, den Thron in Ungarn zu erlangen, wiederholt hat. Es war uns am Sonnabend technisch nicht mehr möglich, davon Notiz zu nehmen. — So viel läßt sich heute schon sagen, so harmlos wie damals wird das letzte Unternehmen nicht ausfallen. Darum ist es von Wichtigkeit für den Habsburger selber. Der neue Versuch wird bestimmt zu seinen Gunsten den Einzelheiten der ehemaligen österreichischen Monarchie die schwerste Kriegsgefahr herauf und wird damit auch auf Deutschland nicht ohne Einwirkung bleiben. Die deutsche Arbeiterschaft hat daher allen Anlaß, die sich dort unten abspielenden Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Die bisher eingegangenen Nachrichten bezeugen, daß Karl im Flugzuge die Schweiz verlassen hat und in Debendorf eingetroffen ist. Die Truppen in Raab und Steinsamanger sollen sich ihm angegeschlossen haben. Wieder wie bis Raab soll er aber nicht gekommen sein, da die Eisenbahnhaltungen zwischen Raab und Budapest außer Betrieb wurden. Doch auch die umliegenden Staaten rüsten sich zur Abwehr dieses Unternehmens. Ein Drahtbericht des „Vorwärts“ aus Prag besagt: „Die Regierung der tschechoslowakischen Republik hat die Mobilisierung von zwei Jahrgängen verfügt und scheint zu einem sofortigen Eingreifen entschlossen zu sein. Sie steht in ständigem Kontakt mit der kleinen Entente, hat aber auch mit den Großmächten wegen der in Ungarn entstandenen drohenden Lage Fühlung gesucht. Hier besteht die allgemeine Auffassung, daß man marschieren wird und daß man sich diesmal nicht mit einer neuen Fiktion Karls begnügen, sondern die Enttarnung Ungarns durchzuführen wird.“

Wolfs-Telegraphen-Büro meldet aus Wien in ähnlichem Sinne folgendes: „Die Vertreter der kleinen Entente sind beim Minister des Auswärtigen und beim Reichswehrminister erschienen und haben Erklärungen abgegeben, die darin lauten, daß durch die Rückkehr des Königs der Frieden Mittel Europas bedroht erscheint. Wenn die ungarische Regierung der faktischen Unternehmung nicht aus eigenem Herr werden könnte, würden die Staaten der kleinen Entente genötigt sein, einzugreifen.“

Eine andere Meldung aus Wien besagt, daß die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei und die Obmänner der Ordnungstreuen (Arbeitern) zu einer Sitzung zusammengetreten sind und in Permanenz tagen, um alle Maßnahmen zur Sicherung der Republik durchzuführen.

So wird das Unternehmen wohl auf härtesten Widerstand stoßen. Denn auch in Ungarn selbst, wird es nicht überall mit Wohlwollen begrüßt werden.

Der Wert eines Königswortes.

Wien, 22. Okt. (WZ). Der schweizerische Bundesrat veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung: König Karl von Ungarn hat am Sonnabend, den 22. Oktober 1922 dem Bundesrat schriftlich mitgeteilt, daß, wie er behauptet, seine ungarischen Betreuer ihn unter Verletzung schweizerischer Gebiete seiner eidlöblichen Pflicht gemäß aufgefordert haben, mit der Krone unvorbereitet nach Ungarn zu kommen. Der König und die Königin haben am 20. Oktober gegen Mittag die Schweiz von

Däben Dorf aus in Begleitung von drei anderen Personen im Flugzuge verlassen. Der Bundesrat stellt bei diesem Anlaß erneut fest, daß der König sich am 18. Mai in Wertingen verpflichtet hat, sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten, und dem politischen Departement von jeder beabsichtigten Abreise mindestens drei Tage vorher Kenntnis zu geben. Am 5. Oktober 1921 hat der König den Anlaß einer Anfrage benützt, um durch einen besonderen Bevollmächtigten noch erklären zu lassen, er erachte sich durch die am 18. Mai 1921 ihm in Wertingen unterbreiteten und von ihm angenommenen Bedingungen immer noch rückhaltlos gebunden. Der Bundesrat stellt sich deshalb zu seinem Bedauern zu der Feststellung gezwungen, daß der König durch seine Handlungsweise das ihm gewährte Asyl mißbraucht und insbesondere sein Versprechen gebrochen hat, indem er die Schweiz ohne die ausbedungene Anfrage verlassen hat.

Wien, 22. Okt. (WZ). Die ungarische Regierung ist dem Vernehmen nach von der Rückkehr des Königs Karl nach Debendorf überrascht worden. Die Budapestener Abendblätter von heute enthalten keine näheren Mitteilungen über die Debendorfer Vorgänge. Es wird verlautet, daß die Bahnhöfe nach Raab auf Veranlassung der Regierung unterbrochen wurde, weil Gerüchte verbreitet waren, daß die Garnison von Raab sich dem Unternehmen des Königs angeschlossen habe.

Wien, 22. Okt. (WZ). Nach Erklärungen der schweizerischen Pressenagentur hat Graf Kaiser Karl am Donnerstag Hertenstein verlassen, um am Freitag in aller Stille die 10. Wiederkehr seines Hochzeitstages zu feiern. Ferner ist bekannt geworden, daß er am Donnerstag mit einem Flugzuge der Ad Ultra-Gesellschaft in Zürich aufgetroffen ist, ohne daß die Direktion bis Samstag mittag Nachricht über seine Landung erhalten hat.

Weber den Flug des Flugzeuges erzählt die Schweizer Pressenagentur folgende Einzelheiten: Bei der Ad Ultra-Gesellschaft wurden am Mittwoch vier Bilets für einen Flug nach Genf und zurück bestellt. Die Bilets wurden bezahlt und für den Flug der Jungtrappart B. S. 59 bestimmt, kurz nach 12 Uhr mittags erfolgte die Abfahrt. Das Flugzeug wurde aber nicht nur von vier, sondern von fünf Personen besetzt, die in zwei Automobilen angefahren waren. Die Besatzer der Passagiere waren nicht zu erkennen, da sie stark eingehüllt waren. Der Pilot ist ein Ausländer namens Zimmermann, der von einer deutschen Flugschule in der Schweiz erhalten hatte, in Däben Dorf bei Zürich so lange zu verbleiben, bis die Ad Ultra-Gesellschaft den Abflug übernommen habe. Seit der Abfahrt aus Däben Dorf bis heute mittag fehlt der Ad Ultra-Gesellschaft jede Nachricht über den Verbleib ihres Flugzeuges, sie meldete daher diese Angelegenheit jetzt dem eidgenössischen Flugzeugamt.

Geschiehe bei Budapest.

Budapest, 24. Oktober. (WZ). Die Beschießung der Truppen des Königs wurde, nachdem die Gasse wieder in Ordnung gebracht waren, in sieben Tagen durchgeführt. Sie geht in der Richtung auf Budapest. Die im Gange befindliche Schlacht zwischen den Truppen des Königs und denen der Regierung dauert fort.

Budapest, 24. Okt. (WZ). Gestern nachmittag 3 Uhr wurde aus Budapest gemeldet: Die Schirmhölzer bei Budapest zwischen den beiden Parteien dauerten bis 11 Uhr vormittags, worauf Waffen-

stillstand eintrat. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Der Militärarzt dauerte bis 8 1/2 Uhr. Nachdem sein Ergebnis fertigt war, wurde das Gerüst, das das Kabinett stützen sollte, abgebaut. Im Verlauf der Verhandlungen über den Waffenstillstand haben sich Debendorfer Truppen um etwa 10 Kilometer zurückgezogen, inessen hat sich aber die Lage für die Regierungstruppen verschlechtert. Die Ankunft des Erzherzogs wird jeden Augenblick erwartet. Es verbreitet sich das Gerücht, daß die tschechoslowakische Republik sich im Kriegszustand mit Ungarn befindet. Auf der Donau kreuzen französische Monitore. Die Stadt hat im übrigen ein ruhiges Aussehen.

Stürmische Demonstration in Paris.

Die Kommunisten demonstrieren jetzt in der Weiskampfer gegen das Todesurteil, das in Ardennes über zwei italienische Kommunisten verhängt wurde. Im französischen Verlaufe haben die Arbeiter die dem nordamerikanischen Konsulat die Fenster eingeworfen, in 8 Fällen verhängt das Verbot. Freitag abend wurde in Paris eine kommunistische Versammlung im Saal Bagration veranstaltet, um die Begründung der beiden Arbeiter Sacco und Vanzetti von der amerikanischen Regierung zu verlangen. Einige Leute (es ist nicht klar, ob das Freunde oder Gegner der Verurteilten waren) hatten keinen Zutritt erlangt und verteilten vor der Tür Broschüren. Die Polizei wollte den Zugang zum Saal verhindern. In diesem Augenblick wurde eine Granate geschleudert. Dadurch wurden 15 Personen verwundet, darunter 12 Polizisten. Im Laufe der Zusammenkunft sind 20 Personen verhaftet worden. Nur 5 Verhaftungen wurden aufrechterhalten. Unter den Verhafteten befinden sich vier Männer und zwei Frauen, in deren Wohnungen kommunistische Flugblätter und Broschüren beschlagnahmt wurden.

Die kommunistische Partei forderte am Sonnabend in der „Internationale“ wieder zu einer Kundgebung vor dem amerikanischen Botschaft für Sonntag nachmittag auf. Sie wurde aber von der Regierung verboten.

Das neue Kabinett in Portugal.

Die portugiesische Gesandtschaft in Berlin bittet um Veröffentlichung folgender Mitteilung:

Die Gesandtschaft der Republik Portugal in Berlin teilt heute morgen ein Zirkulartelegramm des Außenministeriums in Lissabon mit der Nachricht, daß das von Dr. Antonio Granjo präsiidierte Kabinett demissioniert habe und eine neue Regierung gebildet worden sei, deren Programm in erster Linie die Lösung der finanziellen Frage und die Festlegung der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik des Landes umfaßt. Das Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsident und Innenminister: Oberst Manuel Maria Coelho; Justiz: Dr. Vasco de Vasconcelos; Finanzminister: Prof. Francisco Antonio Cordeiro; Außenminister: Dr. Alberto de Sousa Gomes; Handel und Arbeit: Dr. Pinto de Carvalho; Krieg: Oberst Dizeira Simões; Marine: Dr. Victor de Saes Pinto; Kolonien: Oberst Maria Pinto; Unterricht: Dr. Soa de Deus Ramos; Landwirtschaft: Dr. Antao de Carvalho.

Die von der ausländischen Presse verbreiteten alarmierenden Gerüchte erlangen einer offiziellen Bestätigung.

Kaufvertragsstöße im Westen.

Köln, 22. Oktober. (W. Z. S.) Der hiesige Oberbürgermeister hat sich auf Grund von Verhandlungen mit dem Regierungspräsidenten und der Preisprüfungsstelle der Stadt Köln, die den Ausverkauf deutscher Waren infolge Marktfurzes zum Gegenstand hatten, in folgendem Telegramm an den Reichswirtschaftsminister gemeldet, um auch von den Reichsbehörden sofortige Unterstützung in seinen Bestrebungen zu erhalten:

Der Marktfurz hat in Köln unbaltbare Zustände geschaffen, der Ausverkauf deutscher Waren ist katastrophal für die deutschen Verbraucher. Schwere von Ausländern kaufen die Waren vollständig leer. Die Bevölkerung ist höchst beunruhigt, infolge Kaufmangels herrscht ohnehin höchst gereizte Stimmung. Sofortige Gegenmaßnahmen sind erforderlich; in Frage kommen Ausfuhrverbote und Passivum an der Grenze. Eventuell bitte sofort einen Kommissar hierher zu schicken.

Die Martedemerin.

Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege von Erdmann-Chartran.

47. Fortsetzung.

Am demselben Tage hatte der Onkel noch einen großen Streit. Herr Richter hatte sich erlaubt, ihm zu sagen, daß er unrecht habe, sich für die Fremden zu interessieren, die ins Land gekommen seien, um zu plündern und besonders für eine Frau, die nicht weit her sein müsse, weil sie mit den Soldaten gelaufen sei. Nachdem er ihn faßlich angehört hatte, erwiderte er: „Herr Richter, wenn ich eine Bißchen der Humanität erhalte, so frage ich die Leute nicht: Woher seid ihr? Habt ihr den nämlichen Gedanken wie ich? Seid ihr reich oder arm? Ich folge den Eingebungen meines Herzens und das übrige bekümmert mich wenig. Ob diese Frau eine Frau ist oder eine Deutsche ist, ob sie republikanische Ideen hat oder nicht, ob sie aus eigenem Willen mit den Soldaten zog oder ob sie dazu durch die Not gezwungen wurde, das geht mich all nichts an. Ich habe gesehen, daß sie am Sterben war; es war meine Pflicht, ihr das Leben zu retten, und jetzt ist es meine Pflicht, um Gottes Willen in dem fortzuführen, was ich unternommen habe. Was Sie, Herr Richter, anbelangt, so weiß ich, daß Sie ein Egoist sind und daß Sie Ihre Mitmenschen nicht lieben: anstatt ihnen Dienste zu leisten, suchen Sie nur persönlichen Nutzen von ihnen zu ziehen. Darauf laßt Ihre Meinung in allen Dingen hinaus. Und da mich solche Ansichten empören, so bitte ich Sie, keinen Fuß mehr in mein Haus zu setzen.“ Damit machte er die Türe auf, und als Herr Richter antworten wollte, nahm er ihn, ohne ihm anzuhören, höflich am Arm und schob ihn hinaus.

Der Bauer, Koffel und ich waren anwesend und wir waren erhaben über die Heftigkeit, die der Onkel bei dieser Gelegenheit zeigte, denn wir hatten uns ihm naher und enger zugehörig gefühlt. Er behielt nur Maria und Koffel als Hausgenossen bei; jeder machte der Weibe nach bei der Frau, so daß er nicht verhandelt war, seinen

Tagesgeschäften nachzugehen. Die Küche war damit in unserm Hause wiederhergestellt.

Aber eines Morgens beim Erwachen gemahrte ich, daß der Winter gekommen war; sein weißer Schrein erfüllte meine kleine Kammer; große Schneeflocken fielen in Myriaden vom Himmel und wirbelten gegen meine Scheiben. Draußen war alles still; kein Mensch ging auf der Straße; jedermann hatte seine Türe geschlossen, die Hüner schliefen, die Hunde lagen vor ihren Ställen zu und in den benachbarten Wäldern lagen die armen Grünsinge, zitternd unter ihrem zerzausten Gefieder, ihre Klagen über das Ende hören, welches für sie erst mit dem Frühjahre aufhört.

Mit dem Eintreten auf dem Reifen und mit gebendeten Augen sah ich, wie ich der Schneeeinwärts der kleinen Fenster anhäufte und es kamen mir die vergangenen Winter wieder aus der Augen: ich sah wieder, wie der Schrein meines Ofens abends auf dem Stubenboden zitterte, wie der Bauer, Koffel und der Onkel mit gekrümmten Rücken rings um ihn her saßen, ihre Pfeifen rauchten und dabei allerlei gleichgültige Dinge besprachen. Ich hörte der Räucher Spinnrädchen wie die wolligen Flügel eines Nachtmetterlings in der Stille summen und ihren Zug den Fall zu der Klage treten, welche das grüne Spinn im Dien sang. Ich gedachte aber auch all der Bekümmerten draußen, des Scheiterns auf dem Felde, der Schichtenfäden, der Schneefallen, des schallenden Gelächters, der eingeworfenen Pfeilspitzen, wie da die alte Großmutter hinten aus dem Hausbren herausstarrte und wie da die Bande wie der Zug ausmarchierten, die Mägen hier bei den Schultern schlugen. Alles dies lief mir in einer Schwärze durch den Sinn und halb traurig, halb freudig sagte ich mir: „Das ist der Winter!“

Es mußte jetzt gut sein, vor dem Herd zu sitzen, dachte ich, vor einer biden Westwand, wie sie die Räucher löschte; so vorang ich aus dem Bette, Heidele mich vor Koffel zitternd an, und ohne mich Zeit zu nehmen, in den zweiten Vermeil meines Kammer zu schlüpfen, ließ ich, wie eine rollende Kugel, die Treppe hinauf. Räucher setzte den Gang aus; die Küchentüre stand offen;

aber trotz des schönen Feuers, das um den Kesselhaften tanzte, heulte ich mich, in das Zimmer zu treten.

Onkel kam jedoch von einem Krankenbesuch zurück; sein bieder, mit Fuchspelz gefütterter Wintermantel und seine Fingerringe hingen an der Wand, seine großen Stiefel standen am Ofen; er nahm mit Mauer ein Glaschen Kirchengeweiß; legerter hatte die Nacht gemacht; beide schienen gut aufgelegt zu sein.

„Aho, Mauer“, jagte der Onkel, „die Nacht ist gut gesehen?“ — „Sehr gut, Herr Doktor, wir haben dem Geflügel, ich im Kleinhühn und der Hund unter dem Vorhang. Keines hat sich gerührt. Diesen Morgen, als ich das Fenster öffnete, sah ich das Land so weiß wie den Hanswurst, wenn er aus dem Weichfall schlüpft. Alles war ohne Verkauf gefahren. Und als ich zum Fenster hinaus sah, kamen Sie schon die Straße heran. Ich hatte mich, „Guten Morgen“ zu rufen, aber die Frau schrie mich und ich wollte sie nicht reden.“ — „Gut, gut, das war recht. Auf Euer Wohl, Mauer!“ — „Und auf das Ihrige, Herr Doktor!“ Sie leerten mit einem Zuge ihre Gläser und setzten sie mit Säckeln wieder auf den Tisch.

„Es geht alles gut“, jagte der Onkel; „die Wunde schließt sich, das Fieber läßt nach; aber die Kräfte sehen noch; das arme Geschöpf hat zu viel Blut verloren; endlich, endlich wird aber alles sich wohl machen.“

Ich hatte mich zum Ofen gesetzt. Da kam der Hund aus dem Altvorn und schmeichelte dem Onkel, der ihn betrachtete und anhub: „Welch gutes Tier! Mauer, sollte man nicht sagen, daß es uns verheißt? Scheint es dielen Wegen nicht vergnügt? Man wird mich nie bereden, daß diese Tiere nicht viel verstehen; wenn sie weniger Streitkräft haben als wir, so haben sie desto mehr Gemüt.“ — „Das ist sicher“, erwiderte der Bauer. „Ich habe, solange das Fieber anhält, immer nur den Hund betrachtet und gedacht: Er ist traurig, es steht schlecht! Er ist heiter, es geht gut. Meiner Lezu, es geht mir wie Ihnen, Herr Doktor, ich habe die Verzweiflung in den Verstand der Tiere.“ — „Noch ein Glaschen, Mauer“, sagte der Onkel; „es ist toll draußen und der alte Kirchengeweiß erwidert einen wie ein Sonnenstrahl.“

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Sturz der Mark. — Die Ausleihe der Industrie. — Bessere Beschäftigung in der Industrie. — Weitere Preisbewegungen. — Die Lage auf dem Gütemarkt. — Der Rückgang des Fremdenverkehrs.

Der katastrophale Sturz der Mark verkehrt in nie geahnter Weise die Umsätze unserer Finanzlage und muß volkswirtschaftlich das Unerwartete bis zum Unvergleichlichen steigern. Bei einer Entwertung der Mark, wie wir sie jetzt zu verzeichnen haben, ist die Befreiung von Zahlungsmitteln, die die Entente für die Reparationsleistungen fordert, ganz unmöglich. Die Entente von Markstoffen für die Industrie bringt eine Preissteigerung mit sich, die ihre Rückführung auch auf die übrige Preisbildung in Innern weit über alle bisherigen Grenzen hinausdrückt. Wenn es uns nicht gelingt, die Forderungen nach diesen auf das notwendige Maß herabzudrücken, die wir die Spekulation an der Börsen auszumergen, so wird die Forderung, daß wir die Mark auf den tatsächlichen Wert auf den Außenhandel wieder hinabzuführen, ausichtslos. Alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Preissteigerung, die bei solchen Sprunghaftem Niedergang der Kurve den größten Unvergleichlichen und unheilvollsten, solange wir nicht in der Lage sind, die erste und wichtigste dieser Bewegung zu begegnen. Wir kommen aus diesem unheilvollen Zustand nicht heraus, wenn wir nicht unter Finanzgeboten im Innern auf eine höhere Grundlage stellen und zur Bekämpfung der großen Anforderungen, die die Entente an uns stellt, den Zugriff in die großen Vermögenswerte mit aller Entschiedenheit zur Durchführung bringen. Der Weg, den wir bisher beschritten haben, ist unglücklich und treibt zur totalen Entwertung unserer Zahlungsmittel.

Eine Erleichterung in unserem Finanzgebaren könnte immerhin das Projekt bieten, das von Industrie und Landwirtschaft zum Vorschlag gebracht wird. Günstig ist diesen Kreisen eine größere Summe (insbesondere wären mindestens 2-3 Milliarden) in ausländischen Werten durch eine Anleihe herbeizuführen, so wäre mit diesem Mittel ein sehr wichtiger Eingriff in die Finanzwirtschaft des Reiches möglich, und die Rückführung zu einem erträglichen und stabilen Kurs der Mark gegeben. Die Hilfe muß sehr schnell eintreffen, damit wir vor weiteren Zerrüttungen unseres Marktes bewahrt werden und zugleich auch die innere Rückwirkung auf unsere Volkswirtschaft vermieden wird. Die Regierung wird mit großer Vorliebe das Angebot der Industrie prüfen müssen, denn die Ausführung darf nicht ohne dahin gerichtet werden, daß im Grunde die Industrie bei der Rückzahlung des Darlehens noch ein ganz erhebliches, wenn nicht gutes Geschäft abschließt. Es muß vielmehr ein deutlich sichtbares Opfer des Reiches vorhanden sein, nicht aber, daß schließlich die Abtragung der Last vollständig der großen Masse aufgebürdet wird.

So hilflos unsere Finanzwirtschaft aussieht, die Industrie geht auf diesem sinkenden Boden unruhiger und unruhiger und zeigt eine stark aufwärtsstrebende Tendenz. Man sieht die Konjunktur aus mit allen ihren Vorteilen, soweit der Auslandsmarkt in Frage kommt; aber auch auf dem Inlandsmarkt vermischt sich die Nachfrage, und die Aufträge kommen in überzähliger Zahl. Unter dieser Entwicklung ist die Arbeitslosigkeit, das ist das Entscheidende, erheblich zurückgegangen. Bei einigen Berufen stellt sich bereits Mangel an geeigneten Kräften ein. Die Rückwirkung auf den Warenmarkt ist durch diesen allgemeinen Aufwärtstrend jetzt in einer überzähligen Bedarfsdeckung. Alles, was nicht von den weiteren Preissteigerungen, die in Aussicht stehen, die Industrie nicht möglichst früh in Händen der Verbraucher zu erhalten und treibt damit die Anforderungen weiter in die Höhe. Der Zustand bietet gegenwärtig manche Vorteile, aber er läßt auch die ganze Sorge aufkommen, wie bei einem Rückgang der Konjunktur und nachdem diese Welle des Auftriebs vorüber ist, der Warenmarkt sich gestalten wird und in welche schwere Krise der Absatzmarkt mühen wird, wenn er nicht rechtzeitig eingegriffen wird.

Unter diesem allgemeinen Treiben geht die Preisbewegung auf dem Inlandsmarkt weiter sprunghaft in die Höhe. Die Kosten der Lebenshaltung steigern sich von Monat zu Monat und lösen neue Lohn- und Preiserhöhungen aus. Industrie und Handel wird sich nicht leben lassen, diese plötzlichen Preisbewegungen. Man will in den Betrieben der hohen Preise keine Hindernisse aufkommen lassen. Insofern hierfür ist die Lage des Gütemarktes, die sich in kurzer Zeit vollständig geändert hat. Die nach vor einem Monat geltenden Höchstpreise waren bei der ungünstigen Marktlage unter dem Niveau der Preisstellung gestiegen, ignoriert nun aber über dem damals gesetzte Grenze weit hinaus. Es werden jetzt Stimmen laut, die verlangen, daß wiederum Höchstpreise für Eisen und Stahl festgelegt werden, und die Aussicht eine härtere Drosselung erträgt, damit der Inlandsmarkt genügend bedient werden kann; es mehren sich bereits wieder die Klagen, daß die inländische Industrie nicht genügend versorgt wird, da die Güternetze in den härteren Preisen im Ausland liefern. Aber die Schwerindustrie will von einem Eingriff in die Preisbildung nichts wissen und fest sich im Gütemarktsverkehr sehr zur Wehr gegen die von der Arbeitnehmerschaft geforderten Höchstpreise. Es werden alle Register gezogen, um die verbotene Zwangswirtschaft in Mitleidenschaft zu bringen. Es steht aber nichts anderes hinter dieser abweichenden Haltung der Schwerindustrie, als das Bestreben der Sicherung einer uneingeschränkten Ausnutzung der Gewinnchancen. In keinem Industriezweig ist es leichter, die Preisfestsetzung unter Kontrolle zu bringen, als in der Schwerindustrie, da die Zahl der Unternehmungen verhältnismäßig klein ist und ihre Kontrolle in Relation zur Leistungsfähigkeit durchführbar ist.

Recht unrentabel gestaltet sich leider auch wieder die Verleihe auf dem Gütemarkt. Innerhalb zweier Monate sind die Preise so sprunghaft in die Höhe gegangen wie nie zuvor. In der nachfolgenden Lieferfrist sind die Preisbewegungen bei den Hamburger Auktionen von August bis Ende September gegenüber gestellt und berechnet, welches Mehrerlös sich jedes Feld ergibt wurde.

Hamburger Auktionen.		Mehrerlös pro Zent	
	3. August 21.	28. Septbr.	20. Okt.
Dörschlinge pro Hund	12,10	18,35	281,25
Reinwolle pro Hund	13,70	37,60	197,10
Kohlfaser pro Hund	319,-	500,-	181,-
Schafwolle pro Hund	8,50	—	20,10
Wollwolle pro Hund	86,-	120,-	22,-

Die Preisbewegung hängt sehr eng zusammen mit der Entwertung unserer Wäute, da wir aus dem Gütemarktfall den inländischen Lieferungen den vollen Bedarf nicht beschaffen können. Wir bedürfen gegenwärtig noch ungefähr die Hälfte des Bedarfs aus dem Ausland. Bei dieser Lage des Gütemarktes müssen natürlich der Handel, die leistungserbringende Industrie, die Gewerbetreibenden und die Fleischereien eine Entschädigung in Form einer Lieferfrist über die Zahl der Lieferungen in Deutschland haben, so läßt sich aus den letzten zwei Monaten eine Lieferfrist gewinnen, wie hoch der Gewinn sein muß, den die genannten Interessentengruppen erlangt haben. In der nachfolgenden Zusammenstellung ist diese Berechnung angeführt und die Umrechnung des Mehrerlöses im Gesamterlös festgelegt.

Aus der gemischten Schlachtung fielen Folle an:		
Wollschäute	200 000 Stück	65 200 000 Mk.
Kohlfaser	280 000	55 188 000
Kohlfaser	10 000	5 810 000
Schafwolle	100 000	2 010 000
Wollwolle	25 000	550 000
		115 808 000 Mk.

Es sind also nicht weniger als 115,8 Millionen Mark Konjunkturgewinne in diesen zwei Monaten der Güte- und Lebensindustrie zuzurechnen, ganz abgesehen von den Gewinnen — die unwahrscheinlich und nicht ausmachen dürfen —, die aus dem Verkauf im Ausland und der Verarbeitung der Wolle im Inland erzielt wurden.

Steuergesetze im Reichsrat.

Der Reichsrat erledigte in seiner öffentlichen Sitzung über das Verfahren in Versorgungssachen, das bisher auf dem Verordnungswege geregelt war und nunmehr auf gesetzliche Grundlage gestellt wird. Die wesentlichen Bestimmungen betreffen, daß die im Sparmittelgesetz und die Mitgliederzahl der Verordnungsorgane in dem dem Reichsrat zustimmend gebilligt wurde festgelegt.

Bei der dann folgenden Beratung der Steuererträge gab der Vertreter Preußens eine Erklärung ab, der sich die Vertreter Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens und Thüringens anschlossen. Danach bilden die dem Reichsrat vorgelegten Steuererträge eine unrennbare Gesamtheit, die nur im ganzen bearbeitet und verabschiedet werden kann.

Zu dem Entwurf des Kennwertengesetzes hatte Preußen einen Entwurf vorgelegt, wonach an Stelle konjunktureller Budgetmacher eine Kennwertzentrale errichtet werden soll mit Annehmlichkeiten über das ganze Reich. Der Entwurf soll durch die Kennwerte erfolgen. Dieser Antrag wurde vom Reichsrat mit 54 gegen 29 Stimmen angenommen.

Beim Versicherungssteuergesetz wurde ein Steuerertrag von 15 Pf. auf 1000 Mk. für bewegliche und von 30 Pf. auf 1000 Mk. für unbewegliche Gegenstände festgelegt. Die Besteuerung der Kapitalversicherung — nach der Regierungsvorlage 40 Pf. auf 1000 Mk. — wurde auf 20 Pf. herabgesetzt, die Besteuerung der Transportversicherung von 4 Pf. auf 3 Pf. Die Besteuerung der Rentenversicherung wurde zugunsten der kleinen Rentner bis zu einer Versicherungssumme von 5000 Mk. ermäßigt. Jahresrenten bis 500 Mark bleiben völlig steuerfrei.

Die Umsatzsteuer soll nach der Regierungsvorlage von 1/2 auf 3 Pf. erhöht werden. Ein Antrag Bayerns auf Herabsetzung der Steuer auf 2 1/2 Pf. wurde mit 38 gegen 26 Stimmen angenommen.

Ebenso wurde mit 33 gegen 31 Stimmen ein von Sachsen mit Rücksicht auf die kleinen Galtwirte gestellter Antrag angenommen, wonach eine Rückvergütung der Zugabe von 10 Pf. für die Verarbeiter und ähnliche mechanische Instrumente festzulegen soll. Die Besteuerung von Speise- und Schankwirtschaften soll nach der Regierungsvorlage erhöhter Umsatzsteuer unterliegen, und zwar wurden zu diesem Zwecke die Wirtschaften in drei Klassen eingeteilt: schlichte Betriebe, bessere Betriebe und reine Lustbetriebe. In den Ausschüssen wurde statt dessen eine Zweiteilung vorgeschlagen, die Mehrheit aber hat an der Regierungsvorlage festgehalten, das Plenum jedoch sich dem an.

Das Kapitalverkehrssteuergesetz (Neuregelung der Börsensteuer) hat in den Ausschüssen eine ganze Reihe von Änderungen erfahren, die das Plenum annahm.

Die untere Grenze der Vermögenssteuer beträgt nach der Regierungsvorlage 50 000 Mk. Die Ausschüsse erhöhen sie auf 100 000 Mk. Diese 100 000 Mk. sollen ein für allemal steuerfrei bleiben. Die Zuschläge zur Höhe des Vermögenssteuersatzes wurden von den Ausschüssen in der Weise festgelegt, daß für die ersten 100 000 Mk. 100 Pf., für die nächsten 150 000 Mk. 150 Pf., für die nächsten 150 000 Mk. 200 Pf. und weiterhin 300 Pf. erhoben werden. Ein Antrag Preußens, den Höchstzuschlag von 300 Pf. auf 200 Pf. zu ermäßigen, wurde vom Plenum mit 30 gegen 25 Stimmen angenommen, sonst blieb es bei der Regierungsvorlage. Für kleinere Vermögen wurde ein Kinderprivileg nach den Beschlüssen der Ausschüsse eingeführt, ebenso Steuerbefreiungen für Leute über 60 Jahre. Vermögensvermehrungen sind nach der Regierungsvorlage nur zu berücksichtigen, wenn sie mehr als den vierten Teil ausmachen. Der Reichsrat lehnte fast dessen den fünften Teil. Zum Reichstotopfer behält der Reichsrat, daß das größere Vermögen nicht zuzunehmen ein Drittel, sondern 40 Pf. entrichtet werden sollen.

Beim Vermögenswachstumssteuer-Gesetz entbrannte wieder der Kampf darum, ob bei landwirtschaftlichen Grundstücken der Ertragswert oder, wie es die Regierungsvorlage will, der gemeine Wert zugrunde gelegt werden soll. Ein bayerischer Antrag, den Ertragswert zugrunde zu legen, wurde mit 30 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde ein Ausnahmsartikel, wonach steuerpflichtig ein Zuwachs von über 30 000 Mk. sein soll, die Regierungsvorlage hatte die Freigrenze auf nur 25 000 Mk. festgelegt.

Ein Gesetzentwurf über die Besteuerung des Vermögenswachses aus der Nachkriegszeit wurde vom Reichsrat dahin abgeändert, daß bei Grundstücken der bis zum 30. Juni 1920 eingetragene Wert zugrunde zu legen werden soll, da die Wertveränderungen auf die Entwertung der Wäute zurückzuführen sei. Im übrigen sind Stichtage für die Besteuerung: 30. Juli 1919, 31. Dezember 1919 und 30. Juni 1920. Die Steuerpflicht beginnt

bei einem Vermögenszuwachs von 200 000 Mk. Die Steuer wird in acht Klassen erhoben und variiert zwischen 1 bis 50 Pf.

Bei der Körperschaftsteuer wurde nach dem Ausschussbeschlüssen eine Doppelbelastung auf 30 Pf. vorgenommen. Das im Reglemententwurf bestimmte Steuerprivileg für sogenannte Geschäftskontingente wurde vom Reichsrat wieder beseitigt. Zum Schluß beschäftigte sich der Reichsrat mit dem Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes. Der Ausschuss hat verabschiedet die Sache des Reglemententwurfs erhöht. Die Besteuerung der Fahrzeuge ohne Motorantrieb wurde der Landesgesetzgebung überlassen, unter der Bedingung, daß sie den Ländern zur Pflicht gemacht wird. Der Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer wird auf 100 Millionen geschätzt.

Noch einmal die Berliner Stadtvorbereitungen.

Ueber die Stadtvorbereitungen in Berlin darf das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Der Ausfall derselben gibt zu denken. Nicht allein deshalb, weil es den bürgerlichen Parteien gelang, ihre bei den Landtagswahlen am 20. Februar erzielte Mehrheit noch um ein Weniges zu vergrößern, sondern auch wegen der Veränderungen innerhalb der sozialistischen Parteien. Diese bestehen nämlich, daß die wählenden Massen der Arbeiterschaft noch lange nicht so weit sind, eine zielbewußte, politische, aufbauende Politik zu treiben. Die Sehnsucht danach ist unabweisbar vorhanden. Wie unklar sie sich aber ausdrückt, das zeigen die Vergleiche zwischen den einzelnen Parteien. Diese Vergleiche fallen verschieden aus, je nachdem ob man sich darauf beschränkt, nur die Ergebnisse der beiden Stadtvorbereitungen zu vergleichen, oder ob man — was entschieden richtiger ist — auch die im Februar dieses Jahres stattgefundenen Landtagswahlen berücksichtigt. Das sollte namentlich unsere Partei tun. Denn in ihre Hand ist ein großer Teil des Geschicks gegeben, ob die Gehnheit weiter Arbeitermassen nach positiver, zielbewußter aufbauender Tätigkeit erfüllt wird. Sie muß in der letzten Zeit wieder größere Kreise enttäuscht haben, das kann man aus dem Wahlresultat entnehmen, das jetzt noch amtliche Feststellung vorliegt.

Die betreffenden Zahlen sind:

	Am 20. Juni 1920	Am 16. Oktbr. 1920	Am 16. Oktbr. 1921
Sozialdemokraten	285 586	431 630	352 290
Unabhängige	693 657	398 013	328 885
Kommunisten	—	192 957	192 854
Demokraten	116 657	149 861	126 505
Zentrum	61 388	73 200	63 080
Deutsche Volkspartei	275 684	305 774	263 042
Deutschnationale	188 207	345 015	304 057
Wirtschaftspartei	68 685	100 106	96 805
Deutsches Volk	—	—	12 000
Ordnungsliste	—	—	9 076
Freie Vereinigung	—	—	9 463

Wenn wir unsere Stimmzählungen vom 16. Oktober d. J. mit denen vom 20. Juni 1920 vergleichen, so bleibt uns gewiß ein solcher Gewinn von über 68 000. Sowie wir aber auf den 20. Februar 1921 zurückgehen, dann müssen wir einen Verlust von nahezu 80 000 Stimmen hinfortieren. Nun haben gewiß alle Parteien im Vergleich mit den Landtagswahlen Stimmen verloren, aber keine in so gewaltigem Maße wie die unsere. Vor dieser Tatsache dürfen wir nicht die Augen verschließen, sondern sie sollten uns anspornen, nach den Ursachen zu forschen, die zu dem Verluste geführt haben.

Zur Zeit der Landtagswahlen war unsere Partei nicht in der Lage, sich an der Regierung zu beteiligen, wohl aber im preußischen Kabinett. In diesem Kabinett und in der preußischen Landesversammlung hatten es die Vertreter unserer Partei verstanden, mit jenseitiger Energie unsere Forderungen zu vertreten. Sie konnten nach außen hin mit Erfolg aufwarten und noch mehr verstehen, wenn sie in ihre alten Stellungen zurücktreten konnten. Die bürgerliche Reichsregierung sieht dagegen ziemlich ab. Der Wille der Wähler drückt sich damals eben dahin aus, daß sie eine Fortsetzung der fleißigen Arbeit unserer Partei verlangte. Doch die Umstände drängten es mit sich, daß wir aus der Preußenregierung ausstiegen und in die Reichsregierung eintraten. In dieser aber hat unsere Partei im Vergleich zu den anderen Parteien in Preußen nicht verloren. Kein Wunder, daß sich die Wähler jetzt besonders für sie begeistern konnten. Gewiß liegen noch viele andere Gründe mit vor. Genügend sogar, die nur lokaler Natur sind und auf die wir schon am vorigen Tage, gleich nach dem Tage der Wahl, hinwiesen. Die Hauptsache ist aber, daß wir überall eine positive und energische Aufbaupolitik der Zukunft, die sich in den Massen regt, nicht zu enttäuschen. Wir können dem Gen. Heinrich Ströbel nur vollkommen zustimmen, der in der Chemnitzer „Vollstimme“ vorige Woche — auch bei der Beteiligung der Berliner Wähler — schrieb: „Für Parteien und politische Bewegungen gibt es nur zwei Mittel, groß zu werden: die reichliche soziale Arbeit oder der Kampf um die Kraft zu militärischer Aufbaubarbeit. Entweder muß deshalb der bürgerliche Sozialismus zur schroffen Opposition übergehen, oder der übrigen viel mehr Verstand und Tatkraft gehört, als man bisher dachte, oder er muß im sozialistischen Geiste schrittweise aufbaubarbeit leisten, von der bisher so gut wie nichts zu vernehmen war. Mit der bisherigen Politik des Draufloswurkels kommt er immer mehr unter die Räder!“

Der Kampf im Buchdruckgewerbe besiegt.

Am Sonntag sind die bürgerlichen Berliner Abendblätter wieder erschienen. Das wurde ermöglicht durch folgenden überraschenden Beschluß der Belegschaft der Firma Wölfe: „Die Beiratsammlung beschließt nach Kenntnisnahme des Beschlusses der Funktionäre im Vertrauen auf die Befreiung der gegebenen Verhältnisse die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Sie betrachtet es als ihr gutes Recht, bei Nichterfüllung der Bedingungen den Kampf unerbittlich wieder aufzunehmen.“

Der Annahme dieser Entschlüsse waren natürlich Verhandlungen vorausgegangen, auf Grund deren die Wählenden hoffen, daß die Hauptpunkte für ganz Berlin als 1. Erhöhen der Offizien aus dem bisherigen Lohn-Gewinn nach oben nachgehen werden. Am 16. November nächsten 25 Mark werden in der nächsten Woche gezahlt werden. Zur Bezahlung der Auszahlung habe die Firma bisher keine Verpflichtung übernommen, doch soll dafür georgt werden, daß niemand eine materielle Einbuße erleidet.

Verantwortlich für den relationalen Text Karl Gebel, für den Ausgestaltung Wilhelm Heide, beide in Halle.

Walhalla

Lichtspiel - Theater

Nur drei Tage!!
Vom 25. bis 27. Oktober 1921:

Ich bin Du!!

Ein seltsam tragisches Geschick in fünf Akten mit
Hans Mierendorff
in einer Doppelrolle und Maria Zelenka als dessen Frau.

Erlebnisse eines Weltreisenden in tausendartig.
Menschengewimmel des zauberums-onn. Orients.

Vorführung: 4.00 6.30 9.00 Uhr.

Ausserdem:

Dorrits Eheglück!

Lustspiel in drei Akten mit Dorrit Weixler.
Vorführung: 5.30 8.00 Uhr.

U.T.

Henny Porten
als
Geier - Wally.

Leipzigerstrasse Nr. 68

Beginn 4 Uhr.

Albert Bassermann
in dem Drama in 5 Akten
Die kleine Dagmar.

Alte Promenade Nr. 11a

Beginn 4 Uhr.

Stadt-Theater

Dienstag, den 25. Okt.
Anf. 8 Uhr, Ed. u. 10 Uhr

Im weissen Rössl
Lustspiel von Blumen-
thal u. Kadoburg

Mittwoch:
Die Abreise
hierauf:
Frau Potiphar

Otto Katzula's Tuchhdlg
Krumpa bei Mühleln.
Anfertigung feiner Herren-
und Damen - Garderobe
Mod. F. o. men, gute Arbeit.
Garantierter guter Sitz.

Gebrauchte
Pianos
wie neu aufgearbeitet,
in großer Auswahl
vorrätig bei
B. Döll,
Gr. Ulrichstr. 33/34.

Licht-Spiele

Nur noch bis Donnerstag!
Der mit grossem Beifall aufgenommene
IV. und letzte Teil
des gewaltigen Abenteuerfilms
Silberkönig - „Rochesterstreet 29“

ferner der Sittentilm
Drei Nächte - ?
mit Reinhold Schünzel, Otto Gebühr.
Das gesamte Programm umfasst
11 Akte.

Beginn 4.00 6.15
8.30 Uhr.

Grosse
Ulrichstr. 51

Im Herzen der Stadt

Achtung! Weissenfels. Achtung!

Genossenschaftler!

Zu der am Montag, den 24. Oktober, abds. 8 Uhr
im Stadttheater (Volkshaus) stattfindenden
Generalversammlung
des Konsumvereins f. Weissenfels-Naumburg
u. Umgeh. müssen alle Genossinnen und Genossen
erscheinen. Es stehen wichtige Fragen zur Abstimmung:
Geschäftsführer- und Aufsichtsratswahlen.

Die Arbeitszule.

Von P. P. Blonsky.

Preis II. Teil, geldmännlich bezieht. Mk. 10.00.
gebunden Mk. 15.-. Während der erste Teil eine Par-
tiallösung über Erziehung und Schwerkörper in den Eltern
von 4-12 Jahren gibt, zeigt uns der zweite Teil den
Unterricht der 12-18jährigen. Mit dem durch diese 2 Teile
vorliegenden Werke ist nun die Literatur über die Frage der
Arbeits- und Provisionszule
um eine wertvolle Arbeit bereichert worden.

Sachhandlung „Volksstimme“
Grosse Ulrichstrasse 27.
Bestellungen können schon jetzt gemacht werden.

Deutscher Metallarbeiter - Verband
Gewerkschaft Merseburg a. S., Schillerstrasse 4, Tel. 244.

Freitag, den 28. Oktober 1921, abends 7 1/2 Uhr
in der „Fankenburg“

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über Berufskrankheit, Referent
Kreisarzt Dr. Kühnlein. 2. Wahl von 3 Delegierten
zur Bezirkskonferenz. 3. Rapport vom 3. Quartal
1921. 4. Bericht des Vorstandes.
Die Mitglieder werden erbeten, vollständig in dieser
Versammlung zu erscheinen. — Mitgliedsbuch ist am Saal-
eingang vorzulegen. — Die Ortsverwaltung.

Dienstag, den 25. Oktober 1921 abends 7 Uhr
in der „Fankenburg“

Vertrauensmänner- und Betriebsratwahl

Der Metallindustrie

Tagesordnung: 1. Die gewerkschaftliche Lage und
Bewegungen. 2. Stellungnahme zur Mitgliederver-
sammlung 3. Bericht des Vorstandes.
Rede zum Anbruch der äußerst wichtigen Tages-
ordnung erwartet wir von den Vertrauensleuten und Be-
triebsräten aller Betriebe vollständige Gehör.
Mit kolleg. Gruß Die Ortsverwaltung.

Briefkastchen
in prima Feder
preiswert bei
Hugo Krasemann
Bedermann
Spezialgeschäft
für alle
Schreibz. 10

ANZEIGEN

in der

VOLKSSTIMME

bringen dem Ge-
schäftsmann die
Erweiterung
des Kunden-
kreises und
Erhöhung
des
Umsatzes.

Einkäufer

für
Herren- und Damenstoffe

Besuchen Sie uns, überzeugen Sie
sich von unserer Preiswürdigkeit.

Mitteldeutsche Textil-Gesellschaft m. b. H.

Grosse Ulrichstrasse 12.



Stellen finden.

Verfasser
Schweißer
sofort gesucht.
Sachse & Co., Bugenhagenstr. 12.

Merseburg.
Ein Expedient und ein Auktträger
sofort gesucht,
Melchior im Park-Biere Brauerei Merseburgstr. 30.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Partei-
genossen und Leser sich
auf die Inserate in der
Volksstimme zu beziehen

Schneidergehilfen
Koch u. Wohnung im Hause
gesucht. W. H. G. G. G. G.
Kölnen a. H.

**GELD
ZAHLE
ICH
FÜR**



**„ALTE“
GRAMMOPHON-
PLATTENBRUCK**

Welt über Tagespreis.
Für Auktäufer grosser Verdienst
I Sternlicht, alter Markt 11.

Der geehrten Einwohnerschaft von Halle und Umgebung zur gefl.
Kenntnisnahme, daß ich das bisher **Domplatz 9** befindliche Geschäft
der Firma **W. Theuring** bereits am 2. August übernommen habe
und werde ich meiner werten Kundschaft weiterhin mit besten Preisen
dienen.

Ich zahle:

Lumpen	Kilo 1.00 Mk.	Ziegenfelle	Stück v. 50 - 150 Mk.
Papierabfälle	„ 0.60 „	Kaninchenfelle „ v. 1-5.00 „	
Bücher und Zeitungen	„ 1.20 „	Hasenfelle	Stück 4.00 „
Schmiedeeisen	„ 0.80 „	Kupfer, Blei u. Messing	zu höchsten Tagespreisen.
Gußeisen	„ 1.20 „		

Grosse
Brunnenstr. 68
Telefon 5659

Paul Theuring

Triftstrasse 24
Telefon 4363

Stellen suchen

Junger Mann wünscht zur
Ausbildung in ein Spezial-
geschäft für
**Schriften-
malerei**
eingetreten. Eintritt nach Be-
w. von. Off. Offizier unter
L. L. 6199 an Radolf
Moss, Leipzig.

Kaufgesuche

Hasenfelle

kaufen
Gebr. Dangelwitz,
Feldhandlung, Hülberstr. 2.

Vermischtes

**Unimor
Jugend**

Wiel.
Mittler, Hiltner
verhindern sehr schnell
manchmal ebenfalls bei
Schaum u. Zucker's Patent-
Medizin-Beile eintreten
Licht. Schaum erst morgens
abwachen u. mit Zucker-
Crema nachreichen. Groß-
artige Wirkung. u. Kaufend
schickte. In allen Apotheken,
Drogerien, Parfümerie- u.
Kosmetikgeschäften erhältlich

Bereins-Anzeiger

Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei.
Bezirksverband Halle, Post 42/44, Fernruf 6900.
Bemerkung für die dem Allgemeinen Gewerkschafts-
verband angehörenden Gewerkschaften sowie der
bei dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden
seinerzeitigen Vereine.

Eisleben. Arbeiterjugend, Montag, den
24. Oktober abends 8-10 Uhr im
neuen Jugendheim am Hauptplatz Eisleben.

die Gehilfen der Weber und die Weber zur Hand lebhaften Beschäftigung. — Gen. Raumann-Galle sprach zu Anfang des Abends über das, was die Arbeitergenossenschaft im Hinblick auf die Bekämpfung der Pest. — Gen. Raumann-Galle sprach zu Anfang des Abends über das, was die Arbeitergenossenschaft im Hinblick auf die Bekämpfung der Pest.

Mausfelder Kreise-Sängerhaufen.
Unterbesitz Mausfelder Sangerhaufen.

Auf der vor kurzem in Seiffersdorf stattgefundenen Unterbesitzkonferenz wurde beschlossen, demnach eine **Gemeindevertreter-Konferenz** abzuhalten. Wir weisen schon heute darauf hin, daß diese am Sonntag, den 18. November, vormittags 10 Uhr in Seiffersdorf im Lokal des Gastwirts „Zur Sonne“ stattfinden.

Der Unterbesitzvorstand.
J. A. Strauß, Eisenh.

Städt. Stadtratsarbeiten-Versammlung am Mittwoch, den 26. Oktober 1921, nachmittags 4 Uhr im Stadtratsgebäude des Rathauses. I. Öffentliche Sitzung: 1. 3. Nachtrag zur Befolgungsordnung für die planmäßigen Beamten der Stadt. — 2. Erlass einer Ortsplanung. Erhebung von Schulbeiträgen für die Berufsschule. — 3. Genehmigung der Hausabgaben für die gewerbliche und hauswirtschaftliche Berufsschule. — 4. Genehmigung der Hausabgaben für 1921 a) der Mittelschule, b) der Stadtnovellschule, c) der Mädchennovellschule, d) der katholischen Volksschule, e) der Sülzschule. — 5. Genehmigung des Hausabgabenplanes der Kämmerei für 1921 und Befehlsgewalt über die zur Erhebung kommenden Gemeindeforderungen. II. Geschlossene Sitzung: 1. Vermittlung der Stadt (ohne eigene Besetzung) des Beschlusses von Wohnstätten für die Schulplätze. — 2. Aussprache über die Wahl eines Oberbürgermeisters.

Städt. Kartellbericht des Kreisgewerkschaftsartikels. Am 16. ds. Mts. fand eine Sitzung im Volkshaus hier statt. Zur Tagesordnung standen 6 Punkte: Monatsbericht, Kassenbericht, Vortrag über Schlichtungsarbeiten, Vortrag über Bezirkskonferenzen in Merseburg, Anträge, Gemeindefachliches. Zum 1. Punkt teilte der Vorsitzende mit, daß am 23. ds. Mts. vormittags 9 Uhr im Volkshaus zur Halle eine Konferenz der Betriebsräte des Bezirks Merseburg stattfand. In Anbetracht der schwierigen finanziellen Lage des Kartells wird den Gemeindefachlichen empfohlen, auf ihre Kosten Delegation zu entsenden. Vom Kartell wurde Genosse Appeler delegiert. Unterstützungsanträge für Dppau und der freien Schlichtungsausschüsse wurden aus finanziellen Gründen abgelehnt. Gen. Weber wies darauf hin, daß die Befehle die gewerbliche Fortbildungsschule betreffen müßten und nicht wie die Handwerksmeister es wünschen, wegen der Erhebung des Schulbeitrages, zu streifen. Die Kartellverhältnisse sind im zweiten und dritten Quartal unglücklich. Im Einkommen sind 4639,81 Mark und im Ausgaben 4588,65 Mark zu verzeichnen, so daß ein Kassenbestand von 51,16 Mark vorhanden ist. Das Defizit betrug vom 5. August er. hatte eine Einnahme von 419,90 Mark und eine Ausgabe von 103,80 Mark, mithin Ueberschuß von 316,10 Mark, der Theaterverstellung vom 26. 8. er. hatte eine Einnahme von 63,90 Mark, eine Ausgabe von 2549,10 Mark, mithin Defizit 1912,60 Mark, die Theaterveranstaltung vom 1. 9. er. eine Einnahme von 589,60 Mark, eine Ausgabe von 534,60 Mark, mithin Ueberschuß von 54,60 Mark zu verzeichnen. Anschließend an seinen Bericht bemerkte Gen. Weber, daß die Interaktionskosten in den Arbeiterpressen so gewaltig ungleich seien, daß man Schritte unternehmen müsse, um Abhilfe zu schaffen. Denn man könne doch nicht nur Arbeiterpressen dazu verwenden, um solche Unternehmen lebensfähig zu halten. Zum dritten Punkte referierte Gen. Weber und wurde dieser beifällig aufgenommen. Punkt vier wurde der vorgedrittenen Zeit wegen abgelehnt. Zu Punkt fünf wurde antragsgemäß beschlossen, insofern der finanziellen Schwierigkeiten den Gewerkschaften zu empfehlen, die Kartellbeiträge pro Mitglied und Quartal von 30 auf 60 Pfg. zu erhöhen. Dagegen wurde beschlossen, das Defizit von der Theaterverstellung auf die Kartellkasse zu übernehmen. Ferner wurde der Arbeiter-Samariter-Station eine jährliche Unterstützung von 300 — 400 Pfg. bewilligt. Zum 6. Punkte wurde der Entlohnung der höchsten Besoldungsstellen gedacht und wurde diese Angelegenheit der Zimmerer-Organisation zur eventuellen Regelung übertragen. Vertreten waren 14 Gewerkschaften durch 27 Delegierte und zwar: Bergarbeiter 9, Metallarbeiter 3, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Angestellte 2, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Steinseger, Zimmerer, Landarbeiter, Schneider, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Maschinen- und Heizer, Kellner, Dachdecker und Samariter je 1. Nicht vertreten waren 13 Gewerkschaften und zwar: Transportarbeiter, Bäcker, Buchdrucker, Buchbinder, Mülller, Schuhmacher, Maler, Tapezierer, Fleischer, Gärtner, Fabrikarbeiter, Eisenbahner und Tabakarbeiter. Schluß 1/2 Uhr.

Selbst. Arbeiterjugend. Die Zusammenkünfte der Arbeiterjugend finden regelmäßig jeden Mittwoch von 3 bis 6 Uhr in der Wohnung des Vorstehers, Gen. Spilling, Röhrenstraße 19 statt. In allen Veranstaltungen am pünktlichen und zahlreichen Erscheinen.

Zangengarten. Deutschnationales Kulturbüchlein? Ein Raunen und Flüstern geht wieder durch unsere Stadt, über die hohe Politik, welche in Merseburg getrieben wird. Es handelt sich um die Befähigung des Genossen Europa als Stadtrat, der seit 5 Wochen auf seine Befähigung vergeblich wartet. Zunft jenseit dies, wenn es sich um Deute defunktionaler Gewinnhandlung, sehr schnell, sehr, wo es sich um einen Sozialdemokraten handelt, äußert man in Merseburg. Da fußt das Volk eben nach einem Grunde, und so flüstert man sich zu: die Deutschnationalen wollen gern möglichst lange die Befähigung hinausgeschoben wissen; denn solange Europa nicht an den Hauptbestimmungen teilnehmen kann, haben die Bürgerlichen im Reichstag, folglich die Mehrheit und man will nicht möglich, die eigenen Interessen unter Dach und Fach bringen. Man erzählt sich weiter, um dies zu erreichen, habe man nach Anweisung eines ganzen Wirt gegeben, und Defunktionaler so hoch man einmal heute in unserer Republik wieder triumphieren könnte, werden die Deutschnationalen diesen dies beschaffen. So tat auch kürzlich der Stadtratsrat Wette in der letzten Stadt-

verordnetenversammlung, als er hämisch auftrifft, als es sich um Aufnahmestellen handelt. Und so etwas kann in der freien Republik vorkommen! Nun, Herr Wette, die „freie Republik“ ist nicht Schuld, wenn so vieles falsch und nicht vorwärts geht, wenn man nach Gerechtigkeit und parteilich die Gaben ausschüttet, da sind eben die alten Weiser noch viel zu kräftig und die Reaktion zieht mit befähigten Schritten durch das Land. Und gerade Merseburg ist ein harter Sturz dieses alten Geistes, der nicht Segen spendend in der Republik gewirkt hat.

Vitzersfeld-Beschluß.

Gesellenhaufen, Bergeliches Reinwalden. Zu unserem letzten Nachkommensbericht betr. Gebr. Rudolph (Kreislager) liest jemand sich genötigt, dem Berichterstatter einen Aufstrich zu verlesen, was ihm aber deshalb nicht gelingt, weil er nicht auf den eigentlichen Sinn eingeht, sondern das Wohlsein in den Vordergrund stellt. Die Persönlichkeit der Einzelnen spielt seiner Ansicht nach keine Rolle. Die Hauptfrage ist, die Teilnehmer werden Soldaten. Ob man dem Vaterland dadurch gebietet hat, daß man sich stets von einer Truppe zur anderen gemeldet und dadurch verbunden hat, sich dem Schicksal zu unterwerfen, spielt dabei keine Rolle. Trotzdem hat man gerade von einem Teilnehmer gehört: „Wenn ich nun wiederkomme, bräde ich dich an meine ordentliche Bekleid.“ Doch der Orden ist ausgehoben, weil es da, wo er sich aufzeigt, gerade keine gegeben hat, dann, was das Althergebrachte betrifft, so ist man doch wohl hier der Meinung, daß die Dänen zum Einzelnen da sind und nicht zur Kontrolle anderer. Das uns nichts ferner gelegen hat, als dem einzelnen das Wohlsein zu verleiern, ließ doch der Herr Referar aus den Reihen. Hier kann es nur heißen: Ein jeder nach seinem Können. Wenn man natürlich auf dem Standpunkt steht, daß 3. B. Sammlungen zu einem Deutschnationalen, wo der Gegenstand an die Hunderttausende kosten soll, auch zum Wohlsein gehören, dann ist man in Kreislagen bereit, die es angeht und die mit ihnen denken und fühlen, doch anderer Meinung. Geht da, wo es aus Platz ist und dann ein jeder nach seinen Kräften, mit anderen Dingen lasse man unversöhnt. Doch die Angst vor einem eventuellen Rufschand von links, an den wohl niemand im Ernst glaubt, scheint hier eine Rolle zu spielen. Hat doch einer der Teilnehmer die Befähigung ausgesprochen, daß anlässlich solcher Vorkommnisse kein Wohlsein zum Wandern werden würde. Gläubt man derselbe an solche Mäßen? Im übrigen wird wohl jeder Referar unsere Befähigung in Frage kommen und kann sich ein eigenes Urteil bilden. Wenn wir als Proletariat unsere Befähigung nicht zur Verfügung hätten, dann würde es wirklich schlecht um uns, denn die bürgerliche Klasse verachtet es ja fast ihrer Macht vorzüglich, um ein Redner im Schlusswort, dem Gegner das Wasser abzugraben. (Siehe Bericht vom Sportfest, Gräfenhainichen, betr. Kabfahrer.)

Torgau-Liebenwerda-Schweinitz.

„Fronne“ oder andere Schweinern?
Auf dem letzten Kreisstag in Liebenwerda entspann sich eine lange Debatte um die Anstellung einer fünften Kreisführerin. Die bürgerlichen Mitglieder des Kreisrates konnten sich nur schwer dazu entschließen, dieser Anstellung zuzustimmen. Und so kam ein gewisses Kompromiß zustande, so daß man vorläufig für zwei Jahre die fünfte Führerin zulassen und in der Zwischenzeit aber die Organisation der Gemeindeführer ausbauen will. Schon ehe überhaupt im Kreise der Führerinnen ihre Tätigkeit aufnehmen, entspann sich im Kreisfächelchen ein Kampf dafür und dagegen, der schließlich ins Nieten ging.

Die Sache, so belanglos sie scheinbar mag, hat doch einen recht tiefen Hintergrund und rührt hier in breiter Öffentlichkeit den Kampf zwischen den beiden Richtungen des Kampfesgeistes auf: Die Diakonisse! Die freie Schwester!

Die Gemeindeführerinnen, die in fast allen Fällen von den Frauenvereinen gestellt und mit Hilfe eines Gemeindeführers erhalten werden, sind Diakonissen, „Fronne Schweinern“. Wer das Leben in den Mutterhäusern kennt, weiß genau, daß der Hauptwert auf Frömmigkeit gelegt wird, und manche Schwester, deren Intelligenz kaum zu den einfachsten Dienstleistungen hinreicht, kann mit Hilfe ihrer Frömmigkeit eine ganz gute Stellung erlangen. Schweinern aber, die die elchsteigende Arbeit der jeweiligen Mutter nicht mitemachen, werden in jeder Weise drangenoßen und pfeifen bald aussutreten, um sich in der freien Schwesterstiftung ihre Fortkommen zu suchen. Auf diese Weise sind die Diakonissenanstalten notleidend geworden. Weiter kommt hinzu, daß in Anstalten, die von den Mutterhäusern befreit werden, mit den Anstalten der Schwestern in jeder Weise Raubbau getrieben wird, und die Entlohnung eine so jämmerliche ist, daß man sich überhaupt wundern muß, daß sich trotzdem noch einige Mäßen dafür finden. So zählt man heute noch bei einer vierstündigen bis achtstündigen täglichen Arbeitszeit im Haushalt je weinendern Mark monatlich, wofür Schuhe, Unterzeug, Sonntagsgewand und sonstige kleine Ausgaben bestritten werden müssen. Die Gemeindeführerinnen werden am schlechtesten bezahlt. Sie beziehen nicht etwa das Geld, das die Gemeinde und der Frauenverein für sie anlegt, nein, sie werden vom Mutterhaus bezahlt und werden auch gefehlt, zurückgezogen, ausgeschickt, wie es dem Mutterhaus gefällt, sehr oft zum Schaden der Gemeinde, die, wenn es wirklich mal gelungen war, eine gute Kratz zu erhalten, ohne Weiterdruck sie wieder hergeben muß. Durch die Erziehung in den Mutterhäusern halten sich die Diakonissen für Dokumente der Wohltätigkeit und sehen ihre Arbeit als Opfer an, das sie der Menschheit bringen. Selbstverständlich werden sie das Opfer am liebsten denen bringen, die ihres Geistes sind, also zuerst den Fronnen, dann denen, von denen es abhängig ist, den Damen vom Frauenverein, schließlich denen, bei denen sie sich durch ihr schlechtes Benehmen durchsetzen müssen. Was dann noch für die jetzigen nötig bleibt, die außerhalb dieses Kreises stehen, kann man sich gut an fünf Fingern abgäben. Ergeben sich Mäßen aus diesem Vorgang, so kann die Gemeinde kaum Einspruch erheben, denn der Herr Pfarrer und der Frauenverein werden nichts Unrechtes bemerken — sie werden gut bedient.

Anderes ist es mit den Führerinnen. Sie sind freie Weisen und sehen ihren Beruf als Arbeit an. Sie gehen mit bestimmtem Willen an ihre Arbeit, haben im Beamtenverhältnis und sind verpflichtet, leben, der ihre Arbeit, zur Befähigung an zu gehen, abzuschließen. Und doch noch liegt nicht alle, die beabsichtigt werden. Das liegt aber zum Teil daran, daß die letzten Führerinnen noch nicht richtig für ihren Beruf vorbereitet sind, weil es bisher an geeigneten Schulen gefehlt hat. Es muß dafür gesorgt werden, daß intelligente Arbeitermädchen für diesen Beruf herange-

zogen werden. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß die Gemeindeführerinnen auch wirklich von den Gemeinden angeheilt und ausreichend bezahlt werden, eventuell mit Kreis- oder Staatshilfe.

Vor allem muß dafür eingetreten werden, daß sozialistische Frauen in die Gemeinden und Kreisvertretungen hineingeworfen werden. Dies gilt besonders für den Kreis Liebenwerda, in dessen Kreisliste keine einzige Frau list.

Falkenberg, Wohltätigkeitskonzert. Der letzte Wohltätigkeitskonzert am Mittwoch im Konzert für Dppau gegeben. Hundertdreißig Mark wurden für die Opfer beim Amtsschiff abgeführt. Der Besuch der Veranstaltung war leider sehr gering. Die Konzertleistungen waren hervorragend. Es ist zu wünschen, daß mancher Klüßler sich beschließt und eine solche Leistung, wie am Mittwoch, seinen Besuch aufweist. Vielleicht lag es auch daran, daß es nicht genügend bekannt gemacht worden war, doch daran trägt nicht der Wohltäter, sondern das Gemeinwesen die Hauptlast. Der Wohltäter hat sich auf das erstbühliche Klüßler verlassen, aber Sanft Bürokratie setzte wieder einmal Orgeln. Er hätte sich auf einen Beschluß, daß nur Antifische, Gemeindefachliches und Politisches ausgestellt werden soll. Wie kann man da für die Opfer von Dppau ausklingeln lassen, denn das steht doch nicht in dem Beschluß? Man muß sich manchmal sehr wundern über die Reaktionen anderer Gemeindeglieder. Der vorigen Woche fand bekanntlich die Einführung des neuen Schulleiters statt. Es sollte auf Wunsch der Schulbehörde der gesamte Gemeindevorstand und die Schuldeputation eingeladen werden; wer nicht eingeladen war, das waren die Mitglieder dieser Körperschaften. In der Vertretung in der Gemeinde werden einmal ein erstes Wort in der nächsten Sitzung sagen müssen.

Aus aller Welt.

Die geplante Raketenflotte. In den Streifen des „Hausmanns von Adeln“ erinnerte der Sachverständiger größeren Anlagelage, welche die Strafammer des Reichsgerichts II Berlin beabsichtigt. — In der Nacht zum 26. September 1919 gegen 3 Uhr fuhr vor der Hauptwache des Eisenbahnerregiments Nr. 1 in Schöneberg ein Auto vor, dem ein Oberleutnant, ein Hauptmeister, und mehrere mit Fernsichtern und anderen Vorrichtungen besetzte Soldaten entstiegen. Der Oberleutnant gelangt einen Ausweis des Generalmajors Rittich und einen zweiten des Reichswehrministeriums Besatz vor, nach welchem der Offizier den Befehl habe, die Raketenflotte sofort nach Berlin zu überführen, da in der Stadt Unruhen ausgebrochen seien. Dieser Befehl wurde ausgeführt und der Herr Oberleutnant fuhr freundlich grüßend mit der 16000 Mark enthaltenden Raketenflotte davon. Am nächsten Morgen entpuppte sich dieser nächtliche Spuk als ein furchtbarer Schwindel. — Die Kriminalpolizei ermittelte, daß der Oberleutnant der vielfach verurteilte Hauptleutnant: Rittich und der Hauptmeister der Reichswehr Gustav Brauch war. Gegen diese beiden, ferner den Keller Hans Marlow, den Kaufmann Walter Pieskeffski, den Straßburgerfensterhändler Konstantin Spiesfeld und mehrere andere Beteiligten hatte nun die Strafammer zu verhandeln. Für den Führer des Autos, den Angeklagten Spiesfeld, mochte der Rechtsanwält Sach gelten, daß dieser als unbehelligter Mensch sich in der Not habe verhalten lassen. Das Gericht billigte diesem Angeklagten dementsprechend auch die folgende Bewährungsfrist zu. Am nächsten Tag wurde das Urteil gegen Rittich mit 2 Jahre Zuchthaus, gegen Brauch auf 1 1/2 Jahre Gefängnis, gegen Marlow auf 1 Jahr, gegen Spiesfeld auf 6 Monate und gegen Pieskeffski auf 4 Monate. Mehrere Angeklagte wurden freigesprochen.

Prähistorischer Fund. Auf einem Hügel in der Nähe des Monte Jarno im Weichselbue von Rom sind bei Straßenarbeiten Ueberreste eines Dorfes aus prähistorischer Zeit entdeckt worden. Es handelt sich, wie die Funde ergeben, um ein Dorf aus der ersten Eiszeit, vielleicht aus der Bronzezeit. Die Funde sind für die Erforschung der Zeit der Arbeiter des römischen Gebietes von großer Bedeutung.

Nützliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.
Der Maklermeister Karl Schmidt in Halle beabsichtigt am dem im Grundbuche von Halle Band 202 Blatt 9556 verzeichneten Gartengrundstück an der Selliner Straße in unmittelbarer Nähe des Dönhofs ein Wohnhaus zu errichten und hat hierzu die Bauzulassung eingeholt.

Gemäß § 18 des Gesetzes über die Gründung neuer Anstalten vom 25. August 1876 (Ges.-Samml. S. 450) in der Fassung des Gesetzes vom 10. August 1904 (Ges.-Samml. S. 227) bringen wir dieses zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerkten, daß gegen den eingangs genannten Antrag von den Eigentümer, Wohnungsbauberechtigten und Wählern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlussfrist von 21 Tagen bei der Polizeiverwaltung hierseits Einspruch erhoben werden kann. Der Einspruch kann nur durch Tatsachen begründet werden, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Anstellung den Schutz der Anwesenheit der Grundstücke durch den Land- oder Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau der Jagd oder der Fischerei gefährdet werden. Der Anstellungsantrag, der Lagerplan und die Zeichnungen über den geplanten Wohnbau liegen während der Dienststunden im Polizei-Dienstgebäude, Dreppaustraße 4, I. Trasse, Zimmer 44, zur Einsicht aus.

Halle, den 21. Oktober 1921. Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Bei einem Schweine des Herrn Rudolf Ross, hier, Röhrenhöhe, ist antimotzenartig Schweinepest festgestellt worden. Das Grundstück unterliegt der Sperre.

Halle, den 21. Oktober 1921. Die Polizeiverwaltung.

Broschürlisches Wetter. Dienstag: Kalt, östlichwindig, heiter und wolke, kühl, vereinzelt Regen, Schnee, beginn. Graupelgehauer. Wends: Frost und klar.

Allen denen, welche an Gewerkschaften teilnehmen
Unkraut für die Arbeiterjugend
Ihrer, dann Dörmers' Buchhandlung, Halle a. d. S., Markt 10, gegenüber dem Rathaus. Preis 1/2 Mark. In allen Buchhandlungen erhältlich.